



- 2 **KEINE...**
... Möglichkeit für einen
Auslandsaufenthalt? Da hat
die RUB was für Euch.
- 3 **KEIN...**
... Rassismus an Deutschen
Unis? Von wegen!
- 4 **KEINE...**
... Hotelöffnung für Obdach-
lose? Laut der Stadt nicht
nötig.
- 5 **KEIN...**
... freies Leben. Neue Doku
über Britney Spears.

Rausch: Ein menschliches Verlangen nach dem anderen, gebremst durch ein Regelwerk vergangener Jahrzehnte.

Bild: kiki

DROGEN

Vergessen und verboten

Jahrzehnte der Prohibition verschiedener Chemikalien neigen sich dem Ende. Mehr und mehr entdeckt die Wissenschaft die verschiedenen Qualitäten von Substanzen, die wir so leger als Drogen klassifizieren. Das ist: Die wundersame Welt der Pharmazeutik!

Unser Leben ist eine lange Reise begleitet vom Rausch. Sei es ein Dopamin-Kick nach einem langen Lauf oder ein Glas Wein nach einem stressigen Arbeitstag. Immer wieder suchen wir die

Schranken unseres eigenen Verstandes zu öffnen und in uns selbst hinein zu sehen. Wir wollen mehr wissen; von uns und vom Leben. Es scheint diese Faszination zu sein, die Welt als Ganzes verstehen zu wollen, die verschiedensten Kulturen immer wieder aufs Neue ihre eigenen Rituale erfinden lässt und den Rausch als Fundament seelischen Friedens erscheinen lässt. Die Mönche brauen Bier und der Schamane kocht Kakteen, sammelt Pilze oder leckt Frösche. Betrachtet man die Menschheitsgeschichte als Ganzes lässt sich immer diese eine Gemeinsamkeit finden: Jede Zivilisation hat seine ganz eigene Lieblingsdroge. Worüber reden wir, wenn wir von Drogen reden? Was ist der Stand heute? Was ist Gift und was ist kein Gift?

:Die Redaktion

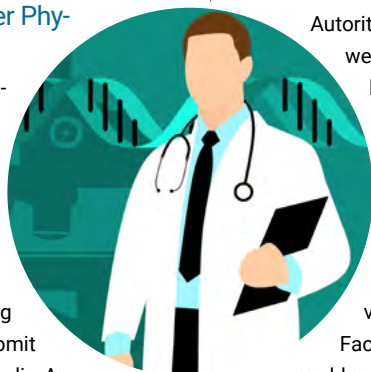
➔ MEHR AUF SEITE 7

STUDIE

Nicht überall, wo Studie draufsteht ...

... ist auch Studie drin. Das zeigt die äußerst fragwürdige Arbeit eines Hamburger Physikers sehr deutlich.

Ein Papier eines Physikers von der Universität Hamburg machte in der letzten Woche von sich reden. Denn darin versucht der Nanowissenschaftler Roland Wiesendanger den Ursprung von COVID-19 auf ein chinesisches Labor zurückzuführen. Die Veröffentlichung dieses Papiers kündigte die Universität Hamburg in einer Pressemitteilung an und gab ihr somit ein gewisses Maß an Legitimität, welches die Arbeit jedoch laut den meisten Expert:innen nicht verdient hat. Anstatt einer Studie, die ein peer-review Verfahren durchlaufen hat und basierend auf wissenschaftlichen Methoden zu



ihren Schlüssen kommt, handele es sich hierbei um kaum mehr als eine Sammlung von potentiellen Indizien und Quellen, die in ihrer Glaubwürdigkeit zwischen den Ergebnissen von WHO-Untersuchungen und Verschwörungsmythen schwanken und auf der Plattform ResearchGate hochgeladen wurde. Zuerst einmal ist Wiesendanger als Physiker fachfremd und hat beim Thema Virologie und Pandemieforschung keine besondere Autorität. Außerdem wird kritisiert, dass sie nichts weiter tue, als bereits an anderer Stelle veröffentlichte Inhalte zusammenzufassen, ohne eigene Forschung oder Analyse betrieben zu haben. Das Papier besteht nämlich größtenteils aus langen, wörtlichen Zitaten, oftmals nicht einmal aus wissenschaftlicher Literatur. Die als wirklich wissenschaftlich zu bezeichnenden Grundlagen der Arbeit wurden wiederum schon von Teams aus Mediziner:innen und anderen Fachleuten für Pandemien und Viren begutachtet, und brachten die WHO zu dem Schluss, dass eine Herkunft aus einem Labor äußerst unwahrscheinlich ist. Was die Universität Hamburg sich dabei gedacht hat, bleibt fraglich.

:Jan-Krischan Spohr

:bszank – Die Glosse

Wahljahr! Keine Merkel! Kein Kanzlerkandidat! Was die CDU aber hat? Eine scheiß (oder gute) Marketingabteilung, die einen Shitstorm nach dem anderen erntet – zurecht! Erst machen sie sich wiederholt lustig über „Clankriminalität“ und dann beseitigen sie Rechtsextremismus, indem sie es erst auf einem Papier schreiben und beschwören, ehe sie dieses in den Papierkorb schmeißen. Ich bitte um einen Solidaritätsaplaus, denn die CDU hat nun Rassismus geheilt. Und während wir noch kopfschüttelnd über den Rechtsextremismusheilungsprozessen sitzen, kommt der nächste Fauxpas. Denn nun feiert die CDU die Muttersprache, nur eben à la Google Translate und für Menschen, die Arabisch sprechen und lesen können falsch! Wer auch immer am Hebel der PR-Abteilung sitzt: YOU HAD ONE JOB! Zerstörung der CDU ist erfolgreich gestartet! Wer braucht Reezo, wenn man das intern lösen kann? In diesem Sinne: Ein schönes Wahljahr. :bena

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
Website | bszonline.de
Facebook | :bsz
Twitter | @bszbochum
Instagram | @bszbochum

ONLINE-TANDEM

internationalisation@home

Corona verhindert Reisen und Auslandssemester, zugleich ermöglicht die pandemiebedingte Digitalisierung aber neue Formen internationalen Austauschs.

Für Studis von Fächern, deren Kern Sprachen darstellen, bedeutet die Corona-Pandemie einen speziellen Qualitätsverlust, da derzeit keine Sprachreisen oder Auslandssemester möglich sind (nicht, dass sich das vor der Pandemie alle hätten leisten können). Daher fehlt vielen ganz allgemein der Praxisbezug und die Erfahrung, die Sprache, die sie lernen, als reales Kommunikationsmittel im Alltag zu benutzen. Um wenigstens etwas Abhilfe zu schaffen, organisieren einige Studis an der RUB Sprach-Tandems per Zoom und Dozierende integrieren diese sogar in ihre Kurse. So beispielsweise Dr. Yasemin Gökpinar vom Seminar für Orientalistik und Islamwissenschaft: Sie hat im vergangenen Semester einen Kurs geleitet, an dem RUB-Studis gemeinsam mit solchen von der Uni Nizwa im Oman teilnahmen.

Die Kooperation mit der University of Nizwa ist noch sehr jung: Im Frühjahr 2019 reisten mehrere Dozierende und Studierende der Islamwissenschaft für eine Woche in den Oman, ein Gegenbesuch steht noch aus. Gökpinar nutzte die seither bestehende Kooperation, um in Absprache mit dem dortigen Lehrpersonal einen Kurs zur Geschichte der arabischen Musiktheorie auszurichten, an dem neben ihren eigenen Studierenden

auch Germanistik-Student:innen teilnehmen konnten, denen die Teilnahme auch durch ihre eigene Uni anerkannt wird. Die Absprache sei „ganz unkompliziert über E-Mail und WhatsApp“ erfolgt, erklärt sie. Ihr Fazit für dieses Semester: „Es bereichert ein Seminar ungemein und macht einfach Spaß!“ Vor allem im Fall Islamwissenschaft sei es ein Schritt nach vorn, dass man nicht mehr nur über Araber:innen und ihre Kultur und Geschichte spreche, sondern mit ihnen. Probleme gab es aber natürlich auch: So war die Teilnahme der omanischen Studierenden nicht so konstant, wie erhofft: Nur zwei von sieben nahmen durchgängig teil. Daher empfiehlt Gökpinar Dozierenden, die selbst solche Kooperations-Kurse planen, dass die Anwesenheit als verbindlich gelten solle.

Sie selbst jedenfalls würde wieder einen solchen Kurs anbieten – und tut es bereits: In Kooperation sowohl mit der Uni Nizwa als auch der in Göttingen bietet sie gemeinsam mit einer Kollegin einen Arabistik-Kurs für Fortgeschrittene in Oman an, an dem auch Bochumer und Göttinger Studis teilnehmen. Auch andere Dozierende am islamwissenschaftlichen Seminar der RUB haben bereits ähnliche Kurse im vergangenen Semester durchgeführt oder planen solche für das kommende. Parallel organisiert auch die Fachschaft der Orientalistik und Islamwissenschaft ein Online-Tandem mit Studierenden aus dem Oman.

Auch in anderen Fächern gibt es ähnliche Projekte. So haben etwa Studierende im Zuge der vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderten Germanistischen Institutspartnerschaft zwischen der RUB und der Nationalen Taras-Schewtschenko-Uni-



Ob mit Kommiliton:innen und Dozierenden oder Studis tausende Kilometer entfernt – so sieht Kommunikation derzeit aus.

Bild: lewy

versität in Kiew einen Online-Austausch organisiert: „Wir haben zunächst Steckbriefe ausgetauscht, Mails geschrieben, WhatsApp-Gruppen gebildet und uns auf sozialen Medien verknüpft“, berichtet die Germanistik- und Anglistik Studentin Aneela Ahmad. Dabei entstanden unter anderem virtuelle Stadtrundgänge, die von den Studis aufgenommen und danach professionell bearbeitet und bei YouTube hochgeladen wurden. Ahmad findet, „dass wir im digitalen Zeitalter solche Möglichkeiten viel mehr nutzen und uns besser vernetzen sollten, um unsere Horizonte zu erweitern und andere Lebenswelten, Kulturen und Menschen kennenzulernen“. Solche Projekte sind im Übrigen vom Rektorat ausdrücklich gewünscht und laufen unter dem Label „internationalisation@home“.

:Leon Wystrychowski

PRÜFUNGEN

Deutscher Hochschulverband rät zu Rechtssicherheit bei Prüfungen

In der Prüfungsphase finden unterschiedliche Prüfungsformate Anwendung. Nun hat der DHV Empfehlungen ausgesprochen.

Nachdem wir in der vergangenen Ausgabe davon berichteten, dass an der RUB künftig eine Kamera- und Mikrofonpflicht für Online-Klausuren gilt (:bsz 1278), hat sich nun auch der Deutsche Hochschulverband am Anfang der Prüfungsphase zu den unterschiedlichen Mitteln der digitalen Prüfung geäußert. „Pandemiebedingt sind Online-Prüfungen derzeit oftmals die einzige Möglichkeit, um dem Prüfungsanspruch der Studierenden gerecht zu werden und negative Auswirkungen auf ihren weiteren Werdegang zu vermeiden“, sagte DHV-Präsident Professor Dr. Bernhard Kempen. Allerdings bedeutet dies auch, dass Gesetzgeber:innen und Hochschulen Rechtssicherheit bei den Prüfungen schaffen müssen. Das heißt konkret, dass die Chancengleichheit bestehen bleiben soll und ein faires Verfahren eingesetzt wird, das Täuschungsversuche verhindert und bestraft. „Prüfungen bescheinigen die für die Aufnahme akademischer Berufe erforderlichen Kompetenzen und Leistungen“, so Kempen. Deshalb dürfen die Ansprüche der Online-Prüfungen nicht geringer sein und Täuschungsversuche nicht leichter sein als in regulären Semestern.

Die Frage ist dann: Mit welchen Prüfungsformaten wird diese Vergleichbarkeit am besten ermöglicht?

Reine Online-Prüfungen, bei denen keine Hilfsmittel erlaubt sind und die an der RUB nun unter die Kamera- und Mikrofonpflicht fallen, seien dabei nicht die besten Lösungen, meint Kempen. Besser wären beispielsweise Hausarbeiten und online stattfindende mündliche Prüfungen, die den Prüfungsverhältnissen eines Präsenzsemesters am nächsten kommen. Auch rät der DHV-Präsident Fakultäten dazu, vermehrt die Möglichkeit von Open-Book-Prüfungen in Erwägung zu ziehen. „Open-Book-Prüfungen als Formate, bei denen die Prüflinge vorher festgelegte Hilfsmittel verwenden dürfen, weisen in die Zukunft: Zum einen werden sie dem Wesen einer universitären Prüfung gerechter, weil sie an Stelle der reinen Wissensabfrage auf Synthese- und Transferleistungen setzen. Zum anderen entziehen sie wenigstens partiell möglichen Täuschungsabsichten die Grundlage“, so Kempen.

:Stefan Moll



Digitale Prüfungen: DHV rät zu Open-Book, Hausarbeiten und mündlichen Prüfungen.

Symbolbild

Soforthilfe verlängert

Finanzen. Nachdem die Auszahlung der Corona-Nothilfen für Studierende zunächst auf das Ende des Wintersemesters befristet war, gab das Bundesbildungsministerium (BMBF) nun bekannt, dass die Finanzspritzen für Studierende nun auch über das gesamte Sommersemester hinweg gewährt werden sollen. Mit der Verlängerung der Nothilfen soll verhindert werden, dass Studierende ihr Studium aufgrund der Pandemie nicht fortsetzen können beziehungsweise abbrechen müssen.

Die Nothilfen für Studierende wurden im Sommer vergangenen Jahres eingeführt. Sie können auf monatlicher Basis bei den Studierendenwerken beantragt werden und sollen die größten Notlagen entschärfen. Die Beträge, die den Kontostand in der Regel auf etwa 500 Euro aufstocken, müssen daher auch nicht zurückgezahlt werden. Die Nothilfen betreffen jedoch nur diejenigen, die durch die Pandemie einen Job verloren beziehungsweise in eine Notlage geraten sind. Anträge, die von Studierenden stammen, die sich bereits vor der Pandemie in einer prekären Situation befanden, werden abgelehnt. Im vergangenen Herbst bestand mehr als die Hälfte der rund 80.000 abgelehnten Anträge und etwa ein Fünftel der Gesamtanträge aus dieser Art der strukturellen, nicht pandemiebedingten Armut.

Falls Ihr selbst das Angebot der Nothilfe in Anspruch nehmen wollt, findet Ihr weitere Informationen auf den Seiten des Akafös unter akafoe.de/ueberbrueckungshilfe.

:stem

RASSISMUS

Akademisch und moralisch verbrämt

Rassismus ist an deutschen Unis nicht nur noch immer weit verbreitet, er gibt sich auch einen modernen Anstrich und inszeniert sich als Opfer.

Anfang Februar deckte das ZDF-Magazin Royale auf, dass Mitarbeiter:innen der TU Darmstadt mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex zusammenarbeiten, die vor allem auf dem Mittelmeer für ihre Abwehr von Geflüchteten, die nicht selten mit illegalen Pushbacks einhergeht, in der Kritik steht. Die beiden Wissenschaftler, um die es konkret geht, stellten der Behörde Forschungsergebnisse vor, die bei der Erkennung gefälschter Dokumente helfen sollen. Daraufhin gab es öffentliche Kritik vom AstA, der Initiative Seebrücke und der örtlichen Linkspartei. Die Unileitung reagierte ausweichend: Statt sich von Frontex und dessen Flüchtlingsbekämpfung zu distanzieren, wurde erklärt, die EU werde die Fälle schon aufklären. Von der EU, angesichts ihrer jahrzehntelangen Praxis, ihre Außengrenzen hochzurüsten und mit Regimen und Milizen in Transitstaaten Pakte zur Flüchtlingsabwehr einzugehen, weshalb in Ländern wie Libyen und Sudan mittlerweile ein Sklavenhandel mit Geflüchteten erblüht und das Mittelmeer zum Massengrab geworden ist, in diesen Fällen Aufklärung zu erwarten, ist, zurückhaltend formuliert, naiv.

Etwa zeitgleich löste ein Dozent an der Hochschule Konstanz einen Shitstorm im Internet aus: Er hatte in

einer Statistik-Klausur eine Aufgabe gestellt, bei der berechnet werden sollte, wie viele „radikale Moslems“ es in einer Moschee-Gemeinde gäbe. Diese beiden Beispiele zeigen auf, wie sehr und auf welche Weise Rassismus an deutschen Hochschulen verankert ist: Er kann von institutionellen oder strukturellen Formen bis hin zu in ihrer Plumpheit geradezu schockierenden Fällen, die häufig mit Einzelpersonen zusammenhängen, reichen. Zwischen diesen Polen existieren alle möglichen Formen und sie ergeben in ihrer Gesamtheit ein zusammenhängendes Muster eines noch immer fest verwurzelten Rassismus.

Ein Beispiel, wo exponierte Persönlichkeiten Rassismus im deutschen akademischen Bereich vorantreiben und dabei institutionelle Unterstützung erfahren, ist Frankfurt am Main: An der dortigen Goethe-Uni kommt es seit 2019 immer wieder zu Auseinandersetzungen, in deren Mittelpunkt die Ethnologin Sabine Schröter steht. In bester Tradition ihres Fachs kritisiert sie bevorzugt die von ihr attestierte Rückständigkeit von Muslim:innen und organisiert dazu etwa sogenannte „Kopftuchkonferenzen“ an der Uni. Dabei erhält sie Rückendeckung sowohl von der Unileitung als auch vom links-grünen AstA. In Leitmedien inszeniert sie sich als Opfer von linker Zensur und Stigmatisierung und erhält dafür Applaus von der AfD. Von antimuslimischem Rassismus Betroffene und Aktivist:innen, die den Mut



Rassismus an den Unis wird nicht weniger – Widerstand dagegen aber auch nicht.

Bild: lewy

aufbringen müssen, sich sowohl mit ihrer eigenen Uni als auch der Studierendenvertretung anzulegen, erhalten dagegen kaum Möglichkeiten, ihre Stimme in die Öffentlichkeit zu tragen.

Auch an der Ruhr-Uni kam es im vergangenen Jahr zu einer Veranstaltung von RUB bekennt Farbe, bei der der einschlägig bekannte Politikwissenschaftler Stephan Grigat, der eigentlich eine Einführung in das Thema Antisemitismus geben sollte, durchweg über angeblich dem Islam immanente Judenfeindlichkeit schwadronierte und sich selbst stolz als islamfeindlich bezeichnete. Auch bei ihm diente der sogenannte Nahostkonflikt als Vehikel, mit dem er seinen eigenen Rassismus zu kaschieren versuchte. RUB bekennt Farbe hat sich indes bis heute nicht von diesem Auftritt distanziert.

:Leon Wystrychowski

JOBCENTER

Das Jobcenter wird digitaler

Mit dem Umzug ins Home-Office wird vieles digitaler – auch das Jobcenter. Dass die Pandemie dadurch eine sozialpolitische Reform in Gang setzt, haben Forscher der RUB feststellen können.

Seit fast einem Jahr ist die Wirtschaft am bängen – von Lockdown zu Lockdown Light, der geschlossenen Gastronomie und Händler:innen, die um ihre Existenz fürchten müssen. Im Jahr 2020 waren knapp 2,7 Millionen Menschen arbeitslos – das sind 480.000 Menschen mehr als noch 2019. Unter diesen Umständen steht das Jobcenter unter Belastungsproblemen. Gerade administrative Verfahren und Arbeitsprozesse, wie beispielsweise Antragsstellungen und Beratung, müssen seit Beginn der Pandemie in die digitale Welt umziehen.

Dass diese Veränderungen etwas Positives mit sich bringen können, haben unter anderem Forscher der RUB festgestellt. Prof. Dr. Rolf Heinze und Dr. Fabian Beckmann vom Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der RUB und Prof. Dr. Jürgen Schupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsordnung (DIW) haben zusammen mit dem Leiter des Jobcenters im Kreis Recklinghausen, Dominik Schad, gemeinsam diese Veränderungen untersucht. Insgesamt wurden mehr als 600 Onlinefragebögen ausgefüllt von den Mitarbeiter:innen der 15 Jobcenterbezirksstellen im Kreis Recklinghausen ausgewertet. Das Ergebnis ist eindeutig: „Die

Pandemie hat eindeutig administrative und inhaltliche Transformationsprozesse angestoßen“, so Beckmann. „Die Digitalisierungsoffensive der Arbeitsverwaltung scheint überfällig gewesen zu sein“.

Eine besonders zentrale Änderung ist die sozialpolitische Reform, die im März 2020 in Kraft getreten ist. Diese Reform vereinfacht den Zugang zu Leistungen der Grundsicherung, was eine schnellere Bereitstellung von Zahlungen für den Lebensunterhalt sowie Neuregelungen für weniger bürokratische und schnellere Zugänge zu sozialen Sicherungen beinhaltet.

Damit einher geht auch die sozialpolitische Neujustierung des Hartz-IV-Systems. Eigentlich würde diese Regelung am 31. März ablaufen, jedoch wird aktuell politisch darüber diskutiert, ob die Reform bis zum 31. Dezember 2021 verlängert werden oder vielleicht sogar entfristet werden könnte.

:Augustina Berger



Das Jobcenter – das Zuhause einer sozialpolitischen Reform?

Symbolbild

Senior:innen in der Pandemie

Studie. Eine Priorität seit Beginn der Pandemie ist der Schutz der älteren Generationen. Gerade jetzt, mit dem Beginn der Impfungen, haben viele Menschen Meinungen und Ansichten, was für die älteren Generationen das Beste sei. Doch die Generation für sich selbst reden zu lassen, wird bisher außer Acht gelassen. Das möchte jedoch ein studentisches Team des Op-tionalbereichs der RUB mithilfe einer Umfrage ändern. Das Projekt „Eine Stimme aus dem Altenheim“ fragt mithilfe einer Studie nach den Themen, die die ältere Generation in Altenheimen beschäftigt. Die 62 Fragebögen sind bewusst offen formuliert, damit jede:r Teilnehmer:in so viel schreiben kann, wie er:sie will. Die Studie fragt danach, wie der Alltag durch die Corona-Pandemie verändert wurde und welche Auswirkungen die Kontaktbeschränkungen für die Bewohner:innen haben. Aber auch fragt die Studie nach anderen Themen, die die Bewohner:innen im Jahr 2020 besonders bewegt haben. Die Umfrage findet in den ersten zwei Februarwochen dieses Jahres in fünf Senior:innenwohnheimen in Bochum und Umgebung statt. Das Projektteam setzt sich zusammen aus Daniel Ruhmüller, Elena Schneider, Sophie Lohkamp, Angin Kuriewicz und Anna Petcheeva. Das Ziel der Umfrage ist eine künstlerische Ausstellung. „Mit dem Projekt wollen wir so auch die Verallgemeinerung durchbrechen, da im öffentlichen Diskurs zwar oft über die Bewohnenden als Gruppe gesprochen wird, sie jedoch nur selten zu Wort kommen“, so Ruhmüller.

:gust

SOZIALES

Wurden Obdachlose draußen gelassen?

Besonders in der Kältekrise zeigten sich erneut die lebensbedrohlichen Verhältnisse, denen Obdachlose häufig ausgesetzt sind. Doch zivile Organisationen und die Stadt bewerten die Lage unterschiedlich.

Zwar war der plötzliche Wintereinbruch in Nordrhein-Westfalen und Bochum vor zwei Wochen so schnell wieder vorbei, wie er kam, jedoch löste die mehr als eine Woche anhaltende Kälteperiode eine starke Debatte über den Schutz von Obdachlosen in der Stadt aus. Zahlreiche Zivilorganisationen forderten dabei die Bereitstellung von Hotelzimmern und öffentlichen Einrichtungen. Denn das Kältekonzept der Stadt habe nicht ausgereicht, so die Kritik. In einem Eilbrief vom 12. Februar forderten 32 Bochumer Vereine, Initiativen und Organisationen daher ein sofortiges Eingreifen der Bochumer rot-grünen Stadtverwaltung.

So merkte beispielsweise das Netzwerk „Stadt für Alle“ an, dass nicht für genügend Notfallplätze gesorgt worden sei: „Die bisher von der Stadt ergriffenen Maßnahmen zum Schutz von wohnungslosen Menschen reichen nicht aus. Aus unterschiedlichen Gründen werden mit den existierenden Notunterkünften längst nicht alle Menschen in Not erreicht.“ In dem offenen Brief forderten die Organisationen neben mehr Schlafplätzen daher eine nachhaltige Lösung zur Entspannung des Bochumer Woh-

nungsmarkts. So ließe sich Obdachlosigkeit an der Wurzel anpacken.

Die Ratsparteien nehmen die Lage jedoch anders war. Die Stadt habe durchweg genügend Plätze zur Verfügung stellen können, heißt es. So erklärt Sonja Lohf, sozialpolitische Sprecherin der Grünen: „Seit dem Wintereinbruch stand ich mit vielen Organisationen und Hilfseinrichtungen, welche Wohnungslose betreuen, sowie mit der Sozialverwaltung in ständigem Austausch. Keiner muss draußen schlafen, jeder findet gesicherte Unterkunft. Auch sind neben den Notschlafstellen Fliegerhaus und der Von-der-Recke-Straße Hotelzimmer im Kolpinghaus für Wohnungslose bereitgestellt worden.“ Der Forderung, dass Wohnungslosigkeit grundsätzlich zu vermeiden sei und jeder Mensch ein Anrecht auf Wohnraum habe, dass es zu verwirklichen gelte, schließe man sich jedoch an.

Nachdem der bodo e. V. die ganztägige Öffnung von Notfallschlafplätzen gefordert hatte (:bsz 1278), reagierte die Stadt und öffnete das Fliegerhaus am Stadion und stellte zusätzliche Schlafplätze in Bochum-Hamme zur Verfügung. Dem Netzwerk „Stadt für Alle“ geht dies jedoch nicht weit genug: „Dass die Notschlafstellen jetzt erstmal auch tagsüber geöffnet bleiben, ist nur ein erster Schritt. Bereits im vergangenen April hatten wir beantragt, Obdachlose vorübergehend in von der Stadt angemieteten Ferienwohnungen und Hotels unterzubringen. Damals hat das die Rathaus-Koalition mit dem Hinweis auf die Maßnahmen abgelehnt, die jetzt versagt haben.“

Der Kritik schließt sich auch die Ratsfraktion der Linken an. Sie mahnt zudem die Ratsverwaltung, sie solle aktuelle soziale Krisen, die auch durch die Corona-Pandemie



Kalte Zeiten: Obdachlosen steht tagsüber häufig keine Bleibe zur Verfügung, bei eisigen Temperaturen ist das lebensgefährlich.

Symbolbild

entstanden seien, nicht auf Krisenstäbe abwälzen. Für den Umgang mit diesen Problemen seien weiterhin demokratisch legitimierte Gremien zuständig. So sagt die Bochumer Fraktionsvorsitzende der Linken, Gültaze Aksevi: „Wir befinden uns in einer beispiellosen gesundheitlichen und sozialen Krise, und trotzdem hat der zuständige Ausschuss des Rates in diesem Jahr bisher kein einziges Mal getagt.“ Die erste Sitzung des zuständigen Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales findet nämlich erst am 3. März statt. „Angesichts der vielfältigen arbeitsmarktpolitischen, gesundheitlichen und sozialen Probleme in der Corona-Pandemie ist das absolut unangemessen.“ Die Linksfraktion fordert daher zwei zusätzliche Sitzungstermine für den Ausschuss.

:Stefan Moll

Geschenk für Pflegekräfte

Kultur. Als Dankeschön an die in der Pandemie besonders strapazierten Pfleger:innen hat sich die Stadt Bochum nun dazu entschlossen, 10.000 Tickets für Kultureinrichtungen an diese zu vergeben. Weil reguläre kulturelle Veranstaltungen wegen des verlängerten Lockdowns noch nicht stattfinden können, arbeitet die Stadtverwaltung derzeit an einem Konzept, wie dennoch eine sichere Möglichkeit zur Nutzung der Freikarte in absehbarer Zeit geschaffen werden kann. Dabei wird etwa an eine Sonderveranstaltung der Bochumer Symphoniker oder Vorrechte auf noch ausstehende Veranstaltungen gedacht. Merkwürdig ist bei dieser netten Geste dennoch, warum lediglich 10.000 solcher Tickets verteilt werden sollen, wobei in Bochum doch ca. 19.000 Menschen leben, die im Pflegesektor tätig sind. Aus diesem Grund hatte auch die Fraktion Die Linke gefordert, die Zahl der zu verteilenden Tickets auf 38.000 zu erhöhen, damit nicht fast die Hälfte des Personals leer ausgeht und jede:r noch eine Begleitperson mitnehmen könnte, woraufhin die SPD jedoch entgegnete, dass erst einmal abgewartet werden sollte, wie das Angebot angenommen werde. Das Dankeschön seitens der Politik an die seit vielen Monaten noch zusätzlich stark belasteten Pflegekräfte soll also bloß nicht zu groß ausfallen. Stattdessen wird sogar eine Konkurrenz geschaffen, denn es ist unklar, wie entschieden werden soll, wem nun für seine schlecht bezahlte, harte Arbeit ein Gratis-Konzert zusteht und wem nicht. :haki

GRÜNLANDEN

Schotter gegen Schotter

In Bochum startet eine Offensive für eine grünere Stadt. Dafür gibt es Geld und Tipps von der Stabsstelle Klima.

Bochum soll grüner werden! Um das umzusetzen, stellt die Stadt Bochum nun auch Fördergelder zur Verfügung. Begrünung von Dachflächen, Fassaden und andere Maßnahmen, die Flächen ökologisch aufwerten, werden dabei mit 50 Prozent der als förderungsfähig anerkannten Kosten, bis zu einem Betrag von 25.000 Euro pro Antragsteller:in, bezuschusst. Die „Begrünungsoffensive 2021“ der Stabsstelle Klimaschutz soll, wie auf einem kürzlich veröffentlichten Flyer beschrieben, viele positive Effekte für das Leben in der Stadt haben.

Besonders in Städten ist der Anteil versiegelter Flächen oft hoch. Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung stellt über den Monitor der Siedlungs- und Freiraumentwicklung, auf Basis von durch die Europäischen Umweltagentur bereitgestellten Satellitendaten, Informationen zum Ausmaß der Bodenversiegelung zur Verfügung. Nach den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und

Berlin liegt NRW laut Zahlen von 2018 mit 9,7 Prozent versiegelter Fläche dabei vorn. In Bochum ist 31,8 Prozent der Bodenfläche versiegelt. Damit gehen jedoch viele Probleme einher. Regenwasser wird durch Versiegelung direkt in Kanalisation geleitet, und kann nicht in den Boden gelangen, was sich negativ auf den Grundwasserspiegel auswirkt. Neben Auswirkungen auf das Mikroklima, wie erhöhte Temperaturen, verringert Bodenversiegelung auch die Kohlenstoffaufnahme-fähigkeit des Bodens und macht ihn anfälliger für Überschwemmungen und andere Auswirkungen des Klimawandels. Die Begrünung solcher Flächen

kann Abhilfe schaffen, und erhöht die lokale Biodiversität. Mehr Pflanzen, weniger blanker Schotter, Teer und Beton sorgen für eine lebens-

werte Umwelt für Mensch und Tier. Besonders in Bochum machte das Wohnungsunternehmen LEG von sich reden, als sie Grünflächen an der Alsenstraße abholzen ließen. Das ist bei weitem nicht der einzige Fall und es stellt sich die Frage, ob die Förderung kleiner privater Gärten und Dachbegrünung wirklich ausreicht, um den anderswo stattfindenden Kahlschlag für Neubauwohnungen und andere Projekte auch nur ansatzweise auszugleichen.

:Jan-Krischan Spohr



HOLLYWOOD

#freeBritney ...

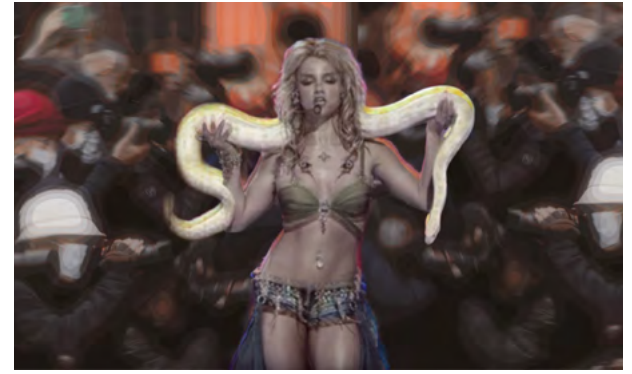
Zu Zeiten, in denen Mental Health noch belächelt wurde, hatte die Princess of Pop einen Nervenzusammenbruch. In „Framing Britney Spears“ geht es darum, wie die Medien dies dokumentierten und Treiber eines fremdbestimmen Lebens waren.

Das Beurteilen eines anderen Lebens scheint so einfach: So musste sich Britney Spears Jahre lang von anderen richten lassen, ehe sie 2007 einen Nervenzusammenbruch hatte, an dem wir alle teilnehmen durften. Die einzige und logische Konsequenz schien damals jene zu sein, dass ihr Vater Jamie Spears ihr Vormund wird und über sie und ihr Einkommen entscheiden kann. So entschied ein Gericht am 1. Februar 2008 darüber, dass die „Princess of Pop“ nicht in der Lage sei, für sich selbst zu entscheiden. Doch wie konnte es so weit kommen? Britney Jean Spears ist ein Urgestein in der Medienwelt, denn mit drei Jahren wurde sie auf die Glamour- und Showbiz-Welt vorbereitet. Ihre Eltern, vor allem ihre Mutter, stellten die Weichen ihrer Karriere früh auf kalkulierbaren Erfolg. Durch Gymnastik-, Tanz- und Gesangsunterricht und die zahlreichen Teilnahmen an Wettbewerben und Talentshows spielte Britney schon in jungen Jahren in einem Musical mit und war Mitglied im „Mickey Mouse Club“. Der Traum der Eltern wurde schnell auch ihrer und das Ziel Popstar schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Mit 18 Jahren brachte sie ihr Debütalbum „Baby One More

Time“ raus, welches auf Anhieb auf die Spitze der US-Billboard-Charts schoss; mehr noch, zu einem weltweiten Erfolg wurde. Der Traum vom Erfolg, er war geschafft. Doch zu welchem Preis? Die Presse und die Fans wollten mehr Britney, mehr von ihrem Idol. Dieses Verhalten wird nun kritisch beäugt. Regisseurin Samantha Stark hat mit „Framing Britney Spears“ die Frage aufgestellt, wie wir und die Medien die Karriere von Spears` beeinflusst haben und wie es Britney geprägt hat. Der Fokus dieser Dokumentation liegt nicht auf der Sichtweise der Künstlerin oder der ihrer Familie, sondern vielmehr darauf, wie über sie berichtet wurde

und wie in dieser Berichterstattung ein Bild einer Person geformt wurde, das die Sängerin nachhaltig prägte und ihr bisheriges Leben als fremdbestimmt zeigt. Vom American Sweetheart, dann der sexy Vamp und Feindbild der Konservativen mit Morddrohungen, da sie sich mit einer Schlange bei den VMAs zeigte und ein ganzes Land provozieren wollte. Aber auch die Trennung von Justin Timberlake, der mit „Cry me a river“ seine Solokarriere als betrogenes Liebesopfer startete. Alles ausgehend aus der Liebesbeziehung mit Spears. Während sich Justin Timberlake von der „Framing Britney Spears“-Dokumentation ermutigt fühlte und sich knapp 20 Jahre nach der Trennung bei Brit und Janet Jackson entschuldigte, sahen sich auch andere Prominente gezwungen sich nun zu entschuldigen.

Für die Hardcore Britney Spears-Fans war jedoch klar: sie müssen eine Freiheitsaktion für Britney starten.



Fremdbestimmt und unter Beobachtung: Das Leben der Britney Spears
Bild: bona

Unter dem Hashtag #freebritney gab es schon in den letzten Jahren immer vereinzelt Vermutungen darüber, dass die Sängerin ein nicht lebenswertes Leben habe, da sie mit Ende 30 nicht über ihre Finanzen bestimmen kann. Der Streit zwischen den beiden Parteien geht so weit, dass Britney, solange ihr Vater Kontrolle über ihre Karriere, ihr Vermögen und ihr Leben hat, nicht mehr als Sängerin auftreten wollen würde. Durch die Doku fühlen sie sich bestätigt und glauben sogar, dass sie gefangen gehalten werde. Starks schafft es in ihrem Film, aufzuzeigen, wie der Zusammenhang einer Depression, die von den Medien ausgeschlachtet wurde, zu einem erweiterten Kontrollverlust der Künstlerin führte. Durch das übergreifende Zerplücken in der Yellow Press wurde das Leben eines Popstars zu einem fremdbestimmten. „Framing Britney Spears“ ist aktuell noch nicht in Deutschland verfügbar. Mit „Star“ auf dem Streamingdienst Disney+ könnte sich dies jedoch bald ändern.

:Abena Appiah

PROMINENTE

Ein Leben im Rampenlicht

Der öffentliche Umgang mit weiblichen Stars war schon immer besonders grausam. Beispiele der letzten Jahre zeigen das gut.

Der Fall Britney Spears ist derzeit zwar wieder sehr präsent im Diskurs, im Gesamtbild jedoch nur einer von vielen Fällen, in denen Frauen und Mädchen in aller Öffentlichkeit ins Rampenlicht und an den Pranger gestellt werden. Sehr ähnlich ist der Fall Lindsay Lohan. Auch sie gelangte über Disney sehr früh zu Berühmtheit und wurde in ihrem Privatleben konstant von Paparazzi belästigt und bedrängt, die immer auf der Suche nach einer Gelegenheit waren, einen peinlichen Moment zu fotografieren und Profit daraus zu schlagen. Erst vor kurzem tauchte ein Ausschnitt aus einem Interview mit David Letterman von 2013 auf Twitter auf und sorgte für große Aufmerksamkeit. Letterman stellt ihr dabei extrem intrusive Fragen und die Reaktion des Publikums auf Themen wie psychische Krankheiten sind verstörend. Doch



nicht nur das Klischee des dummen, unvernünftigen Party-Girls wird Frauen im öffentlichen Leben nachgesagt und konstruiert, indem ihnen nachgestellt und jeder Moment potentiell veröffentlicht wird. Kristen Steward erlebte 2008 ihren schauspielerischen Durchbruch, als sie die Rolle der Protagonistin Bella Swan in der Verfilmung des ersten „Twilight“-Buches spielte. Ihre schauspielerische Leistung wurde daraufhin für mehrere Jahre praktisch zu einem meme. Statt Drehbuch oder

Regie wurde sie persönlich

für die emotionslose und „langweilige“ Art des Charakters verantwortlich gemacht, sowohl von Fans und im Online-Diskurs als auch als Pointe für Comedy-Sketches. Sie wurde somit über die Jahre zu einem der meist-gehassten Promis Hollywoods – vor allem wegen ihrer Rolle in Twilight und ihrem oft als genervt gedeutem Gesichtsausdruck.

Erst in den letzten Jahren wurde sie langsam „rehabilitiert“, zu großen Teilen auch in der LGBTQI*-Community.



Rebecca Black ist ein weiteres Beispiel für den Umgang mit oftmals jungen Frauen und Mädchen. 2011 wurde sie – damals 13 Jahre alt – mit dem Song „Friday“ bekannt, der primär durch einen trivialen Text und unbeholfen wirkende Performance auffiel. Label ARK Music Factory und dessen Gründer Patrice Wilson – der auch im Song und Video auftaucht – machten daraufhin ein Geschäft aus möglichst ähnlich konstruierten Liedern: Junge Mädchen performten Songs mit recht geistlosem Inhalt und traten dabei ihrem Alter entsprechend unbeholfen auf. Denn trotz negativer Rezeption waren diese Lieder extrem erfolgreich. Den Hass dafür, die Morddrohungen und den Vorwurf, ein Beispiel für den Untergang der Musikindustrie zu sein, erhielten dabei selbstverständlich die Sängerinnen – ein roter Faden in vielen dieser Geschichten. Rebecca Black hat als einzige Performerin noch eine öffentliche Präsenz und sprach über ihre Erfahrungen und wie negativ diese sie beeinflusst haben. Mittlerweile produziert sie ihre eigene Musik und veröffentlichte am 10. Februar einen Remix von Friday. Während Menschen wie Chris Brown weiterhin erfolgreich sind, trotz brutaler Gewalt gegen Frauen, haben weibliche Stars dieses Privileg selten und oft harmlose Ereignisse verfolgen sie für den Rest ihres Lebens.

:Jan-Krischan Spohr

KOMMENTAR

Cops auf dem Campus

In Griechenland wurde ein autoritäres Hochschulgesetz verabschiedet, durch das bewaffnete Polizist:innen auf dem Campus dauerhaft patrouillieren können.

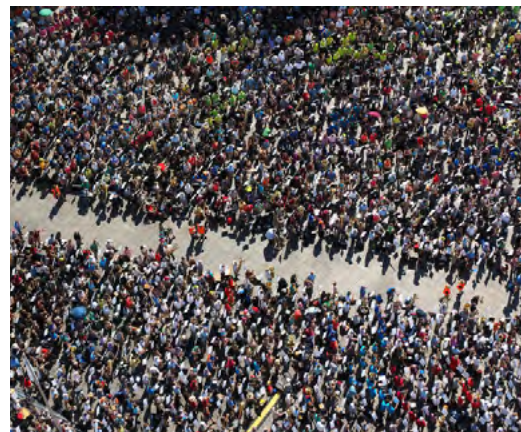


Sonderbeamten, auf dem Gelände der griechischen Universitäten patrouillierend, ausgerüstet mit scharfen Waffen und dem Ziel, aufkommende Protestaktionen zu verhindern. Dieses Bild wird sich zukünftig an griechischen Unis abspielen. Denn diesen Monat beschloss die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia zusammen mit Stimmen der rechtsextremen Partei Elliniki Lysi (Griechische Lösung) ein Hochschulgesetz, das neben erweiterten Befugnissen für Polizist:innen auch Maßnahmen wie eine dauerhafte Videoüberwachung sowie Einlasskontrollen und „Disziplinarräte“ zum Ausschluss von Studierenden vorsieht, die bei Fällen von „Lärmbelästigung“ oder dem Plakatieren des Hochschulgeländes eingesetzt werden können. So will man Unruhen – sprich: Protesten – an Unis an den Kragen gehen, die überwiegend von linken Demonstrierenden ausgehen und sich beispielsweise gegen Lehrveranstaltungen oder die Universitätsverwaltung richten.

Selbstverständlich findet das Gesetz wenig Freund:innen. Sowohl Studierende als auch Professor:innen protestierten, die griechische Hochschulrektorenkonferenz sprach sich gegen das

Gesetz aus und die Opposition ist ohnehin dagegen. Doch auch die Polizeigewerkschaft stellt sich gegen das Hochschulgesetz. Eine Polizeipräsenz würde eskalierend wirken, anstatt für Ordnung zu sorgen, so die Polizist:innenvertretung. Die Gesetzesnovelle hat in Griechenland zudem noch einen nennenswerten historischen Hintergrund: Denn aufgrund eines sogenannten Hochschulasyls durften Polizist:innen nach der Militärdiktatur von 1967 bis 1974, bei der Studierendenproteste brutal niedergeschlagen wurden, nicht das Universitätsgelände betreten. Diese Regelung wurde 2019 von der konservativen Regierung abgeschafft, um die Weichen für das nun beschlossene Hochschulgesetz zu legen. 1973 starben bei den Protesten der Studierenden gegen die Militärjunta 23 Menschen und auch nun ging die griechische Polizei gewaltsam gegen die Proteste vor, bei denen zehntausende Studierende seit Wochen in den griechischen Städten protestierten. Neben 52 Festnahmen in Athen und Angriffen gegen Journalist:innen führte die Polizeigewalt laut mehreren Medienberichten zu Krankenhauseinweisungen.

Das ein Protest von Studierenden nun bereits gewaltsam niederschlagen versucht wurde, zeigt sehr deutlich, welche Verhältnisse an griechischen Hochschulen demnächst wohl zu erwarten sind. Es zeigt auch, mit welchem überproportionalen Eifer rechte Parteien gegen vereinzelte linke, störende Proteste vorgehen. Denn als Grund für die Notwendigkeit der Reformen führen Politiker:innen der Nea Dimokratia einen Fall an, bei dem ein Büro verwüstet wurde, einen anderen, bei dem eine Veranstaltung ge-



Hochschulgesetz in Griechenland: Künftig erhält die Polizei weitreichende Befugnisse auf dem Uni-Gelände.

Symbolbild

stört wurde. Wenn das das Ausmaß linker Unruhen an Universitäten ist, dann bleibt eher die Frage, wo die studentische Protestbewegung überhaupt ist, und nicht, in welche Gewahrsamsstelle sie abzuführen sei. Derweil skandalisiert Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis den griechischen Campus jedoch als eine Brutstätte von Kriminalität und Verdorbenheit, bei der historische Gebäude geplündert, Dozierende verprügelt und Frauen vergewaltigt würden. Es ist die typische Überdrehung, die sich in den Entsittungs-Fantasien von Rechten auf der ganzen Welt wiederfinden lässt, mit denen sie autoritäre Repressionen erlassen, die die Zelle eines demokratischen Protests bereits im Keim ersticken will, aber händelnd nach Rechtfertigungen scharren muss.

:Stefan Moll

KOMMENTAR

Ein Russe „neuen Typs“?

Putin steht im Westen für Korruption, Nationalismus und Homophobie, Nawalny wird zunehmend als Held gefeiert – allerdings entgegen der Fakten.



Seit Jahren nehmen die Spannungen zwischen Russland und dem Westen zu. Dass das nicht daran liegt, dass in Moskau „Oligarchen“, wie russische Großkapitalisten hierzulande abfällig bezeichnet werden, das Sagen haben, liegt auf der Hand. Schließlich kamen die unter dem im Westen heiß geliebten – und in Russland ob seiner Politik des Ausverkaufs und des sozialen Kahlschlags verhassten – Boris Jelzin an die Macht. Auch die Kritik am Nationalismus, am russischen „Krieg gegen den Terror“ oder an den herrschenden homosexuellenfeindlichen Gesetzen sind offenbar nur vorgeschoben.

Und schließlich ist auch der Vorwurf, Russland agiere „aggressiv“, etwa im Fall der Ukraine oder Syriens, unglaublich, denn Moskau ist nicht aggressiver als Washington in Lateinamerika und im Nahen Osten, Paris in Afrika, Ankara gegenüber Irak, Syrien und im Mittelmeer oder Saudi-Arabien gegenüber dem Jemen. Nein, es geht darum, dass unter Putin Russland einen dem Westen gegenüber souveränen Kurs verfolgt, was hier stets als „Großmachtambitionen“ kritisiert wird.

Das beweist auch ein Blick auf jenen Mann, der uns seit einiger Zeit als Alternative zu Putin verkauft wird: Alexej Nawalny. Seit seiner Vergiftung im August letzten Jahres steht er wieder im Rampenlicht. Wer hinter dem Anschlag steckt, ist übrigens entgegen hierzulande gängiger Darstellungen noch immer nicht aufgeklärt.

Reicht die vermeintliche Tatsache, dass Nawalny von der russischen Regierung beseitigt werden sollte aber schon aus, um ihn zum Helden zu machen? Immerhin nannte Stefan Meister von der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung ihn kürzlich einen „New Type of Politician“. Der BRD-Auslandssender Deutsche Welle kürte Nawalys Frau Julia kürzlich im Boulevardblatt-Stil als die „stille Heldin“ an dessen Seite.

Neu aber sind die politischen Positionen, die Nawalny lange offen vertrat, nicht: 2007 wurde er aus der liberalen Partei ausgeschlossen, weil er als zu rechts galt. Berichten zufolge soll er als Reaktion darauf den traditionellen Gruß der russischen Rechtsradikalen skandiert haben. Zudem bezeichnete er Georgier als „Nagetiere“, Tschetschenen als „Kakerlaken“ und Homosexuelle als „Schwuchtel“. Während des Kaukasus-Kriegs 2008 forderte er die Zerstörung der georgischen Hauptstadt Tiflis und die Deportation aller Georgier:innen. Als er 2013 in Moskau zum Bürgermeister kandidierte, gab er Migrant:innen die Schuld für die vermeintlich steigende Kriminalität. Seit einigen Jahren gibt er sich gemäßigter. Hierzulande reicht das offenbar: Berichte deutscher Leitmedien über Nawalny schieben mittlerweile gerne vorweg ein, dass er in der Vergangenheit „problematische Positionen“ vertreten habe, diese Zeit aber längst hinter ihm liege. Gerade russische Expert:innen hegen genau daran aber Zweifel.



Dem Westen geht es in Russland nicht um liberale Werte – sondern um liberale Märkte.

Bild: lewy

Der Russlandkorrespondent des Deutschlandfunks erklärte kürzlich, man könne keine westlichen Maßstäbe an Nawalny ansetzen: In Russland sei eben alles rechter als bei uns. Wenn dem so ist, wäre es allerdings umso bedenklicher, dass Nawalny aus einer liberalen Partei ausgeschlossen wurde, weil er zu rechts war.

Liberal ist aber das richtige Stichwort, genauer: wirtschaftsliberal. Nawalny steht nämlich für einen radikal neoliberalen Kurs und fordert die konsequente Privatisierung des noch übrigen staatlichen Sektors, der unter Putin derzeit immerhin noch ein Mindestmaß an Rest-Sozialstaatlichkeit sichert. Offenbar hofft man in der EU und den USA, dass Nawalys wirtschaftspolitische Ambitionen und die Rückendeckung, die er von hier bekommt, den Westen gegen seinen Nationalismus abschirmt – der kann dann getrost weiter Minderheiten in Russland Land treffen.

:Leon Wysztrychowski

5-MEO-DMT

„Besser als Jesus“

Auch bekannt als das sogenannte Gottes-Molekül ist DMT kein uns unbekannter Stoff. An ihm lässt sich aber zeigen, was die Probleme von Prohibition und mangelnder Transparenz sind, wenn wir von Drogenpolitik reden.

Vorab muss ich eine Sache klarstellen: Dimethyltryptamin (DMT) zählt Anlage I des Betäubungsmittelgesetzes zu den nicht verkehrsfähigen Betäubungsmitteln. Es ist die höchste Klassifizierung, die ein Betäubungsmittel in Deutschland bekommen kann. Im Vergleich zählt Methamphetamin zur Anlage II und Oxycodon – eine Substanz, die in die Kategorie der Opiate fällt – zur Anlage III, was diesen Stoff verkehrsfähig und verschreibungsfähig in Deutschland macht. Wie kommt es aber, dass auf der einen Seite DMT zu einem der am meisten gefeierten Stoffe in der psychedelischen Gemeinschaft zählt und auf der anderen Seite als einer der gefährlichsten Stoffe klassifiziert wird, die es auf dem Markt geben kann – zumindest, wenn man nach der Gesetzgebung geht? Wie kommt es zu diesen zwei Extremen, die weiter voneinander nicht entfernt sein könnten?

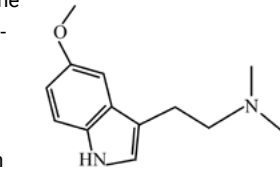
Zuerst aber ein wenig über die Geschichte von DMT. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass diese geprägt ist von europäischem Kolonialismus, was dieser Substanz einige Vorurteile entgegenbrachte. Verschiedene ethnische Gruppen, vor allem in Südamerika, brauen schon seit mehreren tausend Jahren unterschiedliche Tränke, die alle aus einer Kombination aus Pflanzen besteht, wovon mindestens eine dieser Pflanzen die Substanz DMT enthält. Diese Tränke werden dann in ritualisierter Form konsumiert, bis heute. Die westliche Wissenschaft tat sich circa hundert Jahre lang sehr schwer damit, herauszufinden, was DMT jetzt eigentlich ist und forschte bis Mitte des 20. Jahrhunderts an dem Ursprung des Moleküls. Mittlerweile lässt sich ziemlich sicher sagen, dass sich DMT in fünfzig Pflanzen finden lässt, angeblich noch in einem Schwamm und in einer Kröte – zu dieser werdet ihr

gleich noch mehr erfahren. Durch kuriose Selbstversuche – man denke hier an Terence McKenna oder Albert Most – wurde immer mehr Aufklärung möglich und das Mysterium DMT erlangte durch verschiedene psychedelische Subkulturen im Laufe des 20. Jahrhunderts Eintritt in Europa. Hier beginnt auch das Verbot von DMT.

Ohne wirkliche Begründung steht nun DMT neben Substanzen wie Heroin, aber sind diese beiden Substanzen auch wirklich gleich gefährlich? Ist nicht vielleicht doch irgendetwas an der Klassifizierung von Substanzen grundlegend falsch? Vielleicht sollte ich hier mal ungefähr die Wirkung von DMT beschreiben, bevor ich diese Fragen beantworte. Dabei habe ich ein paar Menschen gefragt, die entweder regelmäßig oder zumindest einmal in ihrem Leben DMT konsumiert haben – natürlich werde ich hier keine Namen nennen. Generell wird der Rausch von DMT so beschrieben, dass man sehr starke halluzinogene Erfahrungen macht, die so weit gehen, dass man sich wie in einer anderen Dimension fühlen soll. Die Dauer eines solchen „Trips“ kann variieren, aber ist meistens spätestens nach circa einer halben Stunde vorbei. Um die gewünschte Wirkung eines Rauschzustandes zu erzielen raucht man DMT meistens. Hierfür reichen 2-15mg des Stoffes aus, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Die Wirkung von DMT tritt sehr schnell ein und man sollte es in einem angemessenen Umfeld konsumieren – zu anderen Gefahren aber später noch mehr. Die Personen, die ich befragte, gaben mir alle sehr unterschiedliche Antworten. Einer meinte scherzhaft „das ist besser als Jesus“



5-MeO-DMT: Für Freund:innen psychedelischer Substanzen, der heilige Gral bewusstseinsweiternder Zustände. Bild: kiki



richten dann doch die ein oder andere Konstante: Die außerkörperliche Erfahrung verbunden mit einer spirituellen Erleuchtung, die sich zwar nicht beschreiben lässt, aber zumindest im Gedächtnis bleibt. Wirklich weiter bringt mich das nicht, aber es macht weniger den Eindruck, dass wir hier von einer Substanz reden, die körperliche Schäden hinterlässt oder süchtig macht – bis auf Übelkeit und das Inhalieren von Rauch halten sich körperliche Beschwerden beim Konsum von DMT in Grenzen, ein erhöhtes Suchtverhalten wurde bei DMT noch nicht entdeckt. Trotz allem darf man DMT nicht allzu sehr auf die leichte Schulter nehmen. Eine Nebenwirkung von DMT kann ein schlechter Trip sein, der im schlimmsten Fall langanhaltende psychische Folgen haben kann. Nach Angaben des Global Drug Surveys hatten rund sechs Prozent der befragten Personen einen „Horrortrip“ auf DMT. Bei Menschen mit der Veranlagung zu psychischen Störungen können psychoaktive Substanzen diese begünstigen. Eine besondere Gefahr besteht für Menschen, die serotoninhaltige Mittel einnehmen. Hier kann DMT das sogenannte Serotoninsyndrom auslösen, was zum Tod führen kann. Ist das also die Begründung, warum DMT in Deutschland als so gefährlich eingestuft wird?

Das Problem der deutschen Drogenpolitik ist mangelnde Transparenz. Zwar kann man einsehen, welche Stoffe illegal sind, aber ein wirklicher Diskurs über die Effektivität solcher Kategorisierungen gibt es nicht. Wir leben in Zeiten strikter Prohibition und in Sachen Drogenpolitik werden wir mehr von Ängsten und nicht von wissenschaftlicher Erkenntnis geleitet, was aber fatale Auswirkungen in verschiedenen Bereichen haben kann.

Am absurdesten ist wohl die Geschichte eines Frosches. Die Colradokröte produziert zur Selbstverteidigung ein Gift, das 5-MeO-DMT enthält und als der heilige Gral psychoaktiver Substanzen gilt. Fängt man einen dieser Frösche, kann man das Gift extrahieren und verdunsten lassen, was übrig bleibt ist dann 5-MeO-DMT. Immer wieder wird die Colradokröte aus genau diesem Grund von Menschen gejagt. Dadurch, dass DMT an immer größerer Beliebtheit gewinnt, muss man sich die Frage stellen, wie viel mehr diese Kröte wegen ihres Giftes gejagt wird und schon jetzt werden Stimmen aus Forscherkreisen lauter, dies zu unterbinden. DMT ist in seiner Reinform

problemlos synthetisierbar. Das Ausweichen auf Lebensräume wilder Tiere zur Erlangung dieser Substanz ist fast nur darauf zurückzuführen, dass sowohl Konsument:innen wie Politiker:innen kein wirkliches Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse haben, wenn es um Drogen geht. Hier wird einem nochmal deutlich, wie trugschlüssig mangelnde Information zur Bekämpfung von Drogenmissbrauch wirklich ist. Um den Ethnopharmakologen Christian Rätsch aus einem Spiegel-Interview zu zitieren: „Im Übrigen produziert der Mensch auch seine eigenen Drogen, etwa Dimethyltryptamin, kurz DMT, einen Stoff, der im Körper natürlich vorkommt [...]. Im Grunde sind wir alle illegal.“ Es ist dieses absurde Nichtwissen, was problematisch ist an der deutschen Drogenpolitik. Wir kriminalisieren Substanzen, ohne dabei ein Spektrum wissenschaftlicher Erkenntnis zu diesen Themen in Bezug zu nehmen und treffen willkürliche Entscheidungen, die mehr einem Bauchgefühl entsprechen anstelle verantwortungsvoller Überlegung. Natürlich ist Cannabis kein Broccoli, aber eine Kartoffel enthält Diazepam, verbieten wir sie deswegen jetzt auch?

Bilder und Text :Gerit Höller

IMPRESSUM

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Christian Feras Kaddoura (fufu), Augustina Berger (gust), Henry Klur (hakl), Kendra Smielowski (ken), Gerit Höller (kiki), Jan-Krischan Spohr (kjan), Leon Wystrychowski (lewy), Stefan Moll (stem),

V. i. S. d. P.: Augustina Berger

Anschrift:

bsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 rund: CC0; S.4 Rund:kjan; S.5 Popsternchen(bei): bena

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser*innen.

Kein Einzelfall!

Header: bena/Bilder/bena

Ein Jahr danach...

Am vergangenen Wochenende gingen tausende Menschen auf die Straße, um an Kaloyan Velkov, Sedat Gürbüz, Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Hamza Kurtović und Ferhat Unvar, die durch einen Täter mit rassistischer Gesinnung umgebracht wurden, und ihren Familien sowie Überlebenden des Anschlags zu gedenken.

Zwölf Monate ist es nun her, dass T. R. gezielt Menschen tötete, die seiner Auffassung nach nicht deutsch genug waren. Eine Tat eines Rechtsextremen, die neun Menschenleben kostete und immer mehr Fragen aufwirft. Inwiefern hat der Staat versagt? Warum erreichte Vili Viorel, der den Täter verfolgte, niemanden bei der Polizeistation? Wie konnte jemand, der mehrfach vorbestraft ist sowie eine psychische Erkrankung hat, drei Handfeuerwaffen besitzen? Warum konnten die Ermordeten den Notausgang nicht nutzen? Wie konnte ein Mensch sich online rechtsextremistisch ausleben, ohne auf dem Radar der Behörden zu landen? Für die Familien und die Überlebenden des rassistischen Anschlags sind dies nur einige der vielen ungeklärten Fragen, deretwegen sie sich allein gelassen fühlen. Denn bis heute konnten einige Angehörige, so auch der Vater von Hamza Kurtović, nicht mit der Polizei über die Tatnacht sprechen.

Ein Jahr danach hat sich einiges geändert und einiges nicht. So muss der Deutsche Waffenbund nun prüfen, ob der Verfassungsschutz ein Veto einlegt ob der Besitz einer Waffe für die jeweilige Person geeignet ist. Jedoch habe die Polizei bis heute keine Lösung dafür gefunden, ihre Leitungen zu entlasten und ein Umleitungssystem bei im Falle erneuter Überlastungen einzurichten. Dies sind nur einige Kritikpunkte der Hinterbliebenen, aber auch von Verbänden und migrantischen Journalist:innen.

Dokus & Mehr

Ein Jahr ist die Tat in Hanau her, doch die Aufarbeitung von Polizei und Behörden läuft nach wie vor nur schleppend und unzureichend ab. Angehörige, Überlebende sowie die Initiative [19. Februar](#) haben ein Video mit dem Namen „Wir klagen an! Ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag“ veröffentlicht, in dem die mangelhaften Aufklärungsarbeiten von Polizei und Behörden angeklagt wird. Das Video findet Ihr auf YouTube. Ebenso auf der Instagram Seite von Initiative 19. Februar Hanau sowie auf der Internetseite [19feb-hanau.org](#) findet Ihr Redebeiträge von Angehörigen, Überlebenden und Betroffenen, Infos zu Veranstaltungen und Demos sowie eine große Community, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Tat und die Namen der Opfer nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Ihre persönliche Initiative gegen das Vergessen, gegen das Verschweigen, gegen die Angst. Auf Instagram zu finden als [@19februarhanau](#). Vergangenen Mittwoch erschien ebenfalls ein Spotify-Podcast von der SZ, der sich mit dem bemerkenswerten Engagement der Angehörigen beschäftigt, die unter anderem eigene Recherchearbeit zur Aufklärung leisteten. Ebenso startete am 12. Februar 2021 eine Spotify Original Podcast-Serie mit dem Namen [190220](#) – Ein Jahr nach dem 19. Februar. Aber auch die auf den öffentlich rechtlichen sind einige Beiträge zu Hanau zu finden. In der ARD-Mediathek findet man unter anderem eine [Doku](#) des hessischen Rundfunks, sowie verschiedene Funk Formate, die sich mit dem Thema beschäftigt haben.

Große Anteilnahme zeigt sich ebenso in der Social-Media Community unter dem Hashtag [#SayTheirNames](#), unter dem immer wieder die Namen und Gesichter der Opfer geteilt werden, um an die ausgelöschten Leben in der rassistischen Schreckenstat in Hanau zu erinnern, anstatt dem Namen des Täters Fläche zu bieten.

:Christian Feras Kaddoura

Gemeinsam kämpfen sie für ein Nicht weiter so! So fand auch in Bochum eine Gedenkdemo mit Mahnwache statt, um darauf aufmerksam zu machen, dass ein Wegschweigen nicht der richtige Weg ist. Rund 700 Menschen versammelten sich am 19. Februar am Bochumer Bahnhof, um gemeinsam Richtung Rathaus durch die Stadt zu ziehen. Mit Gedenkminuten und Redebeiträgen wurde an Kaloyan Velkov, Sedat Gürbüz, Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Hamza Kurtović, Ferhat Unvar und die Hinterbliebenen des Attentats erinnert. Der Unmut über die staatlichen Organe, aber auch Medien war hier deutlich zu spüren. „Hetze gegen ‚migrantische‘ Menschen“ sowie „Überspitzung und neu geschaffene Stereotypen“, die durch die Berichterstattung untermauert würden, hätten die Denkweise des Täters und das Nichthandeln der Polizei unterstützt, so ein Redner. Die Beiträge waren emotional und die Redner:innen wirkten ergriffen und machtlos und stark zugleich in einem Kampf um Gerechtigkeit und Respekt für die neun ermordeten Menschen in Hanau: Kaloyan Velkov, Sedat Gürbüz, Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Hamza Kurtović und Ferhat Unvar. [#SayTheirNames](#)

:Abena Appiah



Suche nach dem Schuldigen

Ein Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag klagen die Angehörigen der Opfer den Vater des Täters wegen Beihilfe zum Mord an.

Sein Sohn T. R. ermordete am 19. Februar 2020 zunächst neun Menschen mit ausländischen Wurzeln und danach, in der Wohnung seiner Eltern, seine eigene Mutter, bevor er Suizid beging. Der Vater des Täters beteuert, währenddessen im Nebenzimmer geschlafen zu haben, ohne von den Schüssen geweckt worden zu sein. Die Angehörigen der Opfer können den Täter nicht mehr zur Rechenschaft ziehen, weil dieser durch den Selbstmord seiner Strafe entging, doch nun wurde die Frage aufgeworfen, ob sein Vater nicht eine gewisse Mitschuld an den Gräueltaten in Hanau trage. Dieser Verdacht ist nicht unbegründet, denn Aussagen des Vaters über seine Unwissenheit, die darin bestärkt sein soll, dass er zum Tatzeitpunkt geschlafen habe, widersprechen Zeugenaussagen von Nachbarn. Zudem wiesen ein Jobcenter-Mitarbeiter sowie ein Psychiater, die mit Vater und Sohn zu tun hatten, auf ein starkes gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis der beiden Männer hin.

Mittlerweile hat sich der Vater des Täters einen deutschen Schäferhund zugelegt und ist für seine rassistische Haltung in der Nachbarschaft bekannt. Das Attentat wurde laut ihm von einem Geheimdienst begangen, jedoch seien die Opfer hier die eigentlichen Täter. Es ist also nicht wirklich die Frage, welches Geisteskind der Vater ist, sondern ob er im Vorhinein schon von der Tat seines Sohnes gewusst und ihn darin vielleicht sogar noch bestärkt hat. Schließlich reicht es noch nicht für eine Verurteilung aus, lediglich ein menschenfeindlicher Rassist zu sein.

:Henry Klur

